

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Schreibmasch. Druck und Vertrieb von G. M. Haller (Haller) Nagold.

Dienstag den 27. Juni 1922

Bestellerte Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Wir sind bestrebt, die Zeitungen mit dem besten Material zu versehen. — Es wird keine Werbung in den Zeitungen gestattet. — Die Anzeigen sind in bestmöglicher Weise zu beschriften. — In Fällen von späterer Besetzung der Zeitungen wird die Besetzung der Zeitungen auf Wunsch des Bestellers durch den Verlag zu besorgen.

Telegraphen-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 5114.

96. Jahrgang

Bezeichnet an jedem Werttag. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen und Postämter entgegen.

Bezugspreis: im Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einl. g. l. Postgebühren monatl. 4.20. — Einzelnummer 70 Pf.

Anzeigen-Gebühr für die einseitige Zeile auf gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 4.20. — bei mehrmaliger Rückzahlung nach Tarif. Bei gerichtl. Verurteilung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 147

Erbschaftssteuer und Geldentwertung

Bei der Beratung der neuen Steuergeetze im letzten Winter wurde von der großen Mehrheit sowohl des Steuer- als auch des Reichstages die Notwendigkeit anerkannt, die direkte Besteuerung der Geldentwertung anzupassen. Die Geldentwertung hat bei den auf Stausstellung aufgebauten Besitzsteuern die Wirkung, daß die Einkommen und Vermögen bei gleichbleibender oder gar sinkender Kaufkraft von selbst in immer höhere Steuerstufen hineinschieben. Seit dem Londoner Ultimatum im Mai vorigen Jahres ist der Kaufkraft und Nennwert des deutschen Gelds auf etwa ein Fünftel seines damaligen Stands zurückgegangen. Der Dollarwert ist von 80 auf mehr als 300 M. die Indeziffer der Großhandelspreise von etwa 1300 auf 6500 gestiegen. Wer sein Einkommen und Vermögen in Papiermarkt seithe veranlagt hat — nur wenige sind in dieser glücklichen Lage —, hat an der Kaufkraft gemessen, gerade noch das für die wirtliche Einkommen und Vermögen wie vor einem Jahre; aber er muß das Dreifache und mehr an prozentualen Steuerbeträgen bezahlen. Wer sein Einkommen oder Vermögen nur verdoppelt oder verdreifacht hat, steht an wirtlichem Einkommen und Vermögen wesentlich schlechter als vor einem Jahre, muß aber gleichfalls höhere Steuerbeträge bezahlen. Wer schließlich sein Einkommen oder Vermögen nicht hat vergrößern können, hat nur noch ein Fünftel der damaligen Kaufkraft behalten, aber der Steuerlast, dem es unterliegt, ist geblieben, wie wenn seine finanzielle Lage sich durch die Geldentwertung in keiner Weise verschlechtert hätte. Soweit das Arbeitsverhältnis in Betracht kommt, haben auch die Sozialdemokraten und Kommunisten diesen Sachverhalt anerkannt, und sich bereit gezeigt, die Folgerungen zu ziehen. Die Unabhängigen beantragen in Kürze auf die im letzten halben Jahre — seit dem Gelde der letzten Woche zum Einkommensteuergesetz — angebrachten weiteren Geldentwertung eine neue Herabsetzung der Höhe des Einkommensteuersatzes, allerdings nur für die unteren Stufen. Im Interesse der Gerechtigkeit und der Erhaltung der wirtlichen Verhältnisse ist eine allgemeine Anpassung der Steuerlast an die Geldentwertung unbedingt erforderlich. Auch die Reichsregierung hat das bei den Verhandlungen über das Steuerkommissionen ausdrücklich anerkannt. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat am 23. Januar d. J. im Reichstag erklärt:

„Im Hinblick auf das große Geldentwertungswert wird bei den künftigen Steuern geprüft werden, ob und inwieweit sie der Geldentwertung anzupassen sind.“

In den Verhandlungen mit den Parteien über das Steuerkommissionen hat darüber hinaus die Reichsregierung ausdrücklich ihr Einverständnis damit erklärt, daß die Anpassung der Erbschaftssteuer an die Geldentwertung als besonders dringlich anzusehen und sobald wie möglich in Angriff zu nehmen ist. Die Regierung macht jetzt, wo mit der grundsätzlichen Annahme des Steuerkommissionen bereits beschlossene Zwangsanleihe ein neuer starker Eingriff in die Substanz der Vermögen gemacht werden soll, um so mehr beim Wort gehalten werden, als im Gegensatz zu dem erst im März 1920 beschlossenen und inzwischen schon fünfmal geänderten Einkommensteuergesetz das im August 1919 bei noch wesentlich besseren Geldwertverhältnissen beschlossene Erbschaftsteuergesetz bisher eine Angleichung an den gesunkenen Geldwert überhaupt noch nicht stattgefunden hat. Zur Zeit der Beschlußfassung der Nationalversammlung über das Erbschaftsteuergesetz stand der Berliner Wechselkurs auf die Schweiz — ein Kurs auf Neugrosch wurde damals noch nicht wieder notiert — auf wenig über 300 Mark für 100 Franken. Heute liegt der Kurs auf die Schweiz auf 6000 Mark für 100 Franken. Die deutsche Valuta ist also seit der Feststellung des Tarifs zum Erbschaftsteuergesetz auf ein Zwanzigstel ihres damaligen Stands gesunken. Technisch hat sich die inländische Kaufkraft des deutschen Gelds entwertet. Die Indeziffer der Großhandelspreise, wie sie das Statistische Reichsamt berechnet, stand im Durchschnitt des Jahres 1919 auf 412 heute ist sie auf etwa 6500 angekommen; d. h. die inländische Kaufkraft des deutschen Gelds hat sich seit der Beschlußfassung über das Erbschaftsteuergesetz auf ein Sechzigstel verringert. Die Wirkung ist, daß heute die Nachlässe und Erbschaften bei gleichem Realwert, wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, einer auf das Fünffache und darüber hinaus gesteigerten Besteuerung unterliegen; dies angesichts der Tatsache, daß schon bei den Geldwertverhältnissen des Jahres 1919 die ursprünglichen Sätze des Erbschaftsteuergesetzes von einer in keinem Lande er-

reichten Schärfe waren, die der damalige Finanzminister Erzberger als die Grenze des Möglichen bezeichnete.

Vom Reichstag selbst sind nun die Anregungen zu einer Abänderung und Ausgleichung der durch die Zeitverhältnisse unbillig gewordenen Bestimmungen der einschlägigen Steuergeetze ausgegangen (selbständige Anträge der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei) und die betreffenden Abänderungsanträge sind zusammen mit dem Überweisungsurteil über die Zwangsanleihe dem Steuer- auslaß überwiehen worden.

Ein Schachergeßaft?

Von einem aushenpolitischen Mitarbeiter.

Mit einer offenbar amtlich beeinflussten Andeutung des in Frankreich weit verbreiteten „Zeit Verboten“ liegt es an dem nächsten Tage Kapperie die halbamtliche Mühle in sämtlichen Pariser Blättern: Frankreich will durch Zugeständnisse an England im nahen Osten die „Handlungsfreiheit an Rhein“ erkaufen. Natürlich wird das sein gesponnene Märchen als ein Londoner Erfolg Poincarés hingestellt. Manl Georges Stimmung sei infolge der mißglückten Konferenz von Genoa vollständig umgeschlagen. Er näherte sich dem französischen Freund Lord Derby und komme den Wünschen der französischen Regierung insofern entgegen, als er sich von der Ansicht des britischen Vertreters in der Entschädigungs- kommission, Beakburg mehr und mehr entferne. Das soll alles laien, unbenutzte Behauptungen, zu einem bestimmter politischen Zweck. Aber warum soll sich die Pariser Presse nicht dazu hergeben? Hat doch der Reichstag die Senatsausschüsse für äußere Politik, Doumergue, als ein Mann von Verantwortlichkeit, öffentlich mitgeteilt. Poincaré sei in London gewahrt geworden, daß auch die englische Regierung keine Herabsetzung der deutschen Schuld mehr wünsche.

Auf diesen Behauptungen, besser gesagt: Unterstellungen wird nun das Schacherproblem aufgebaut: Poincaré ver- zichtet auf die Briandische Orientpolitik, er wendet sich von der türkischen Angora-Regierung ab und überläßt das Feld im nahen Osten der englischen Politik. Für diese Zugeständnisse tauscht er ein: Handlungsfreiheit in der Reparationsfrage gegen Deutschland, insofern eine Anerkennung der französischen Forderung, daß die Rheinbesatzungswirtschaft wegen der Widerpenflichkeit Deutschlands noch immer nicht zu lauten be- ginnen habe. Um diese diplomatische Räubergeißel — etwas anderes ist es doch nicht — für zweifelhafte Gemüter schmacher zu machen, wird die Lage in Kleinasien so dar- gestellt, als gehe England auf Grund der letzten in London getroffenen Vereinbarungen von neuem gegen die Angora- Türken vor. Die französischen Berichterstatter in Athen über- schütten ihre heimatischen Zeitungen mit Nachrichten über eine plötzliche Wiederbelebung der archaischen (von England unterstützten) Feindseligkeiten in Kleinasien. England hat jetzt am Bosphorus vollständig freie Hand. Warum soll sich Frankreich nicht am Rhein zu Tische setzen?

Dies der Gedankengang, den Poincaré jetzt durch seine Vertrautanden dem empfänglichen französischen Nei- gungsleiter ins Hirn hämmern läßt. Auf dem Umweg über die Northcliffe-Presse hofft man dann auch in England Ein- druck zu machen, und die Geschichtsbücher von den „Londoner Abmachungen“ ist fertig. Aber im Auswärtigen Amt zu London scheint man gewarnt worden zu sein. Jeder Tag bringt eine neue Note, die dem französischen Presselager das Konzept verdirbt. Da wird an die Grundsätze erinnert, die England anlässlich der französischen Besetzung von Frank- furt a. M. ausgesprochen hat. Da wird jedes einzelne Vorjahr bei der Durchführung der Friedensverträge als verhäng- nig und feindselig erklärt. Lloyd George bemüht sich bei dieser „Gegenwirkung“ selbst. Er läßt die französischen Kor- respondenten zu sich bitten und teilt ihnen mit, England ver- trete in der Entschädigungsfrage den Standpunkt, daß kein militärischer Sanktionen verhängt werden dürfen, selbst für den Fall, daß Deutschland die eine oder die andere seiner Verpflichtungen nicht erfülle. Denn es fehle der „böse Wille“ England sei auch gegen wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen weil sie nichts einbringen. Lloyd George wünscht offenbar, daß die derzeitigen Verhandlungen des Garantieausschusses in Berlin in Ruhe und ohne Reizung von Seiten Frankreichs verlaufen.

Um den glatten Gang der Dinge zu fördern, spinnt die englische Regierung auch den Faden der Anleihefrage weiter und läßt verkünden, daß die Aufnahme einer An- leihe für Deutschland in allerhöchster Zeit unbedingt nötig sei. Der Reichstag des Morgenskommissars dürfte nicht ent- mutigen. Da fast die ganze französische Presse seit einigen Tagen von der Anleihe spricht, ihre Notwendigkeit anerkennt so kann sie sich jetzt nicht selbst widerrufen. Man sieht, wie geschickt die englische Diplomatie die französischen Unterstel- lungen pariert. Kein Wort fällt in London über das ange- gebliche Lauschergeßaft von Orient-Rhein. Und es ist ja auch ar der ganzen Pariser Presse-Wache kein Wort wahr! Lloyd George hat Herrn Poincaré in London auf die Haager Kon- ferenz und auf eine abwartende, vernünftige Behandlung der Entschädigungsfrage festgelegt. Das ist die Wahrheit. Er ihr rüsten vergeblich die Federhelden des Pariser Lügen- feldzugs.

Zur Ermordung Rathenaus Der Ausnahmezustand

Die Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten, die der Reichskanzler in der Reichstags-Sitzung vom Samstag abend verlas, haben folgenden Wortlaut:

1. Verbotene Vereinigungen.

§ 1. Versammlungen, Aufzüge und Kund- gebungen können verboten werden, wenn die Befugnisse begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die zur gefährlichen Befähigung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der Reichs- oder einer Landesregierung anreizen, oder die republikanischen Staats- einrichtungen verächtlich machen, Vereine und Vereinigungen, welche Bestrebungen dieser Art verfolgen, können verboten und aufgelöst werden.

§ 2. Zuständig für Maßnahmen des § 1 sind die Lan- deszentralbehörden. Glaubt die Landeszentral- behörde, einem solchen Erlaß des Reichspräsidenten des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie dies sofort dem Reichspräsidenten des Innern mitzuteilen und die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik anzufragen. Entschidet dieser im Sinne der Verordnung, so hat die Lan- deszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu ergreifen.

§ 3. Beschwerden gegen eine Verordnung nach § 1 können bei der Landeszentralbehörde eingereicht werden. Wer verbotene Versammlungen beschuldigt, Kundgebungen ver- anstaltet, oder in solchen als Redner auftritt, wird mit Ge- fängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis 500 000 Mark erkannt werden.

2. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik.

1. Der gleichen Strafe unterliegt, wer öffentliche Ge- walttaten gegen die republikanische Staats- form oder Mitglieder der Regierungen des Reichs oder der Länder verherrlicht, billigt oder begünstigt.
2. Wer zu Gewalttaten gegen Regierun- gsmitglieder auffordert oder anreizt.
3. Wer solche Regierungsmitglieder verleumdet oder öffentlich beschimpft.
4. Wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft.
5. Eine Verbindung, die den Zweck hat, die republi- kanische Staatsform zu untergraben, nach der Bestimmung des Strafgesetzbuchs.

3. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Beim Reichsgericht wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet; er besteht aus 7 Mit- gliedern. Drei derselben ernannt der Präsident des Reichs- gerichts, vier ernannt der Reichspräsident. Die von ihm ernannten Mitglieder brauchen nicht die Eigen- schaft zum Richteramt zu haben. (Stärker- befall Anfs.)

4. Beschlagnahme verbotener Druck- schriften.

Die Vorschriften des Pressegesetzes werden auf die in der Verordnung bezeichneten Vergehen ausgedehnt. Die Strafe für Verbreitung einer verbotenen Druckschrift ist die gleiche wie oben angegeben.

Die Vollziehung dieser Verordnung legt der Reichsprä- sident in die Hände des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern. Dazu kommt eine weitere Verordnung auf Verbot bestimmter Versammlungen, welches die Landeszentralbehörden ermächtigt, die für 28. Juni ge- planten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrags zu verhindern. Das gleiche gilt bis auf weiteres für Regimentsfeiern und ähnliche Ver- anstaltungen.

Der Reichstag über den Mord

Berlin, 26. Juni. In der 236. Sitzung, die am Sonntag um 12.45 Uhr er- öffnet wurde, stellt Präsident Ebert die Münchner Mel- dung, die rechtsstehenden Abgeordneten General v. Schö- nlinde und Brünninghaus seien von dem sozialdemo- kratischen Abgeordneten Stämpfer (Redakteur des „Vor- wärts“) und anderen im Beratungssaal hals tot geschlagen worden, seien stark übertrieben; allerdings seien beide miß- handelt worden.

Abg. Weill (Soz.) sagt, eine Welle der Empörung gehe durch das ganze Land. Organisierte Mörderbände haben ein Menschenleben gefaßt, das sich opferwillig in den Dienst des Volks gestellt habe. Die deutschösterreichische Judenhege sei eine Gefahr für den Staat. Die Deutsche Volkspartei sei der einflussreichste Teil der Deutschnationalen und sie könne sich von der Verantwortung nur dadurch frei machen, wenn sie

...tische ...
...kenpferd-
...hwefel-Seife
...h. Schmid
...Gebr. Benz
...Friseur, 1378
...Juni 1922.
...ige.
...und Nichts
...mit großer
...mittags 9 Uhr
...Wagner.
...W. Zaiser.
...2318
...inernen
...weineßtaß
...kaufen.
...durch die Ge-
...d. Bl.

mittelte, die deutschpolitischen Kreise auszuheben. Hätte er sich nicht endlich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen und die Regierung müsse sich loslösen gegen die Geheimorganisationen und die Regimentsfeiern vorgehen. Die deutsche Rechtsprechung sei ein Skandal, der zum Himmel schreie. Die Nationalisten suchen die Spuren der Mörder zu verfolgen. Ein Blatt behauptet, hinter dem Mord stehe eine Weibergehilfe. Die Nachsicht der Anken sei zu Ende. Wer die Mörder finanziell unterstützen, müsse sein Vermögen verlieren. Die schwarz-weiß-rote Fahne sei zur Erbvererbung geworden, die rote Fahne sei das Zeichen der Völkerverfälschung.

Hg. Ratz (3.) kennzeichnet den Eindruck, den die Tat an In- und Ausland hervorgerufen habe. Der Reichstag müsse die Ruhe bewahren, und dürfe die Leidenschaften der Bevölkerung nicht steigern. Tatsächlich sei die Republik in Gefahr. Die Republikaner, die Andersdenkende, die Frage müsse jetzt entschieden werden. Die Gegner der Verfassung seien auch die Gegner des Volks. Er wolle keine Partei der Mordhülfe sein, aber die Verhältnisse, die von einer Partei monopolisiert geschaffen worden seien, seien geeignet, Wirrkräfte zur Wodwaise greifen zu lassen. Die scharfen Maßregeln der Regierung seien berechtigt und das Zentrum stehe geschlossen hinter ihnen. Einige Blätter der Rechten seien nicht mehr zu einer christlichen Partei zu zählen. (Zuruf: Buhe!) Die Regimentsfeiern werden mit Recht verboten. Das Zentrum werde eine Erweiterung der Regierungsmehrheit (auch der unabhängigen Sozialisten) nicht verhindern.

Als der Hg. Hergt (Dösch.) das Wort erhält, wird er von der linken Seite mit den stürmischen Rufempfangen: Raus mit der Mordhülfe! Die Sozialdemokraten verlassen den Saal. Großer Lärm. Hg. Hergt gibt, fortwährend von Zurufen unterbrochen, eine Erklärung ab, daß die Deutschnationalen Volkspartei von tiefer Entrüstung und Empörung über die verruchte Tat erfüllt sei. Sie erwarte, daß die Regierung kein Mittel unversucht lasse, die Mörder zur Aburteilung zu bringen. Mit allem Nachdruck aber müsse die Deutschnationalen Volkspartei die gegen sie gerichteten Angriffe zurückweisen und den verfassungsmäßigen Schutz dagegen in Anspruch nehmen. Beweis sei die Ergreifung besonderer Maßnahmen berechtigt, aber es sei unerhört, daß die getroffenen Anordnungen sich ausschließlich gegen die Rechte wenden. Man solle keine Unterschiede machen. Es bestehe die Gefahr, daß der Staatsgerichtshof einen politischen Charakter erhalte; die außerordentlichen Vollmachten und Bestimmungen schränken die Staatsbürgerrechte und die Pressefreiheit in unzulässiger Weise ein. Die Bestimmungen seien behärdlich und offen der willkürlichen Anwendung Tür und Tor. Die Ausnahmerechtsverordnung müsse daher als ungerecht und mit dem Geist der Verfassung unvereinbar bekämpft werden. (Lärm links.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch (Soz.) erklärt: Die Ausnahmerechtsverordnung werde nur gegen die Rechtsradikalen, nicht gegen die Linksradikalen angewandt werden.

Hg. Crispian (Unabh.) sagt, Hergt trage das Kainszeichen auf der Stirn. Die Deutschnationalen Partei sei eine Mordorganisation. Das Reich müsse die Ausführung der Verordnung in die Hand nehmen, sonst werde man sich wohl in Bayern nicht darum kümmern. Die Bestimmungen sollten noch viel schärfer sein. Crispian verlangt die Verhaftung Ludendorffs und anderer Generale, Ausweisung der Hohenhausen aus Deutschland, Einziehung der Vermögen der deutschen Fürsten. Die Partei der Unabhängigen sei zur Mitarbeit an dieser Neuordnung bereit.

Reichskanzler Dr. Brüning erklärt: Die fehlende Mitarbeit Rathenaus am Wiederaufbau Deutschlands sei unerlässlich. Was die deutschnationalen Zeitungen verschuldet haben, könne nicht wieder gutgemacht werden. Besonders habe sich hierin der Hg. Wulle hervorgetan. In Deutschland habe man geradezu eine politische Fortschrittlichkeit. Nichts sei ungerechter als der Vorwurf, daß Rathenaus in Genoa den Vertrag mit den Sowjetregierungen abgeschlossen habe, um seinen jüdischen Stammesgenossen Vorteile zu verschaffen. Die Erregung der Massen könne auch einmal zum Nutzen werden. Der Artikel Ludendorffs in einer englischen Zeit-

schrift, der eine monarchistische Diktatur in Deutschland empfiehlt, sei eines Deutschen unwürdig; Ludendorff zeige damit, daß er für die politische Atmosphäre dieser Welt kein Gefühl habe. Es bestehe kein Zweifel: Der Feind steht rechts.

Hg. Dr. Heinze (D. Sp.) verurteilt die Mordtat aufs Schärfste; strenge Strafbestimmungen seien am Platze, aber vor allem müsse der Dunst, aus dem solche Mordtaten entstehen, aus der Welt geschafft werden. Der Grund der Verwirrungsstimmung in Deutschland seien der Vertrag von Versailles und die Demütigungen, die wir fortwährend zu erdulden haben. (Großer Lärm links.) Wir brauchen innere Ruhe und müssen uns zu schaffender Arbeit zusammenfinden. Die Erregung in Deutschland dürfe nicht zu einem großen Feuer angeblasen werden; die Aufforderung der Sozialisten zum Generaistreik sei gefährlich. Die Verordnung müsse gegen rechts und links angewandt werden. (Großer Lärm links.) Alle Deutsche seien vor dem Gesetz gleich. Das Verbot der Regimentsfeiern sei nicht ungefährlich.

Hg. Dr. Petersen (Dem.) erklärt, die Verordnung gehe noch nicht weit genug.

Wegen der Beerdigung Rathenaus fällt die Dienstadtbesetzung aus.

Der Reichspräsident in Berlin.

Berlin, 26. Juni. Der Reichspräsident ist heute vormittag 9 Uhr aus Breslau kommend in Berlin angekommen. Kurz nach seiner Ankunft empfing er den Reichskanzler und die Reichsminister Dr. Brüning und Dr. Brüning zu Belpforten über die politische Lage.

Berlin, 26. Juni. Die bayerische und die württembergische Regierung haben der Reichsregierung das Beileid zu dem kühnwürdigen Verbrechen, dem der hochverehrte Minister zum Opfer gefallen sei, ausgesprochen.

Die Deutsche Demokratische Partei Württemberg hat an den Parteivorstand in Berlin ein Beileidstelegramm abgeschickt.

Die Beamten und Angestellten der Reichsbehörden werden am Dienstag nachmittag zur Teilnahme an allen etwa geplanten Trauerkundgebungen beurlaubt.

Mit Ausnahme von Bayern haben die Landesregierungen die Veranstaltungen zur Kriegsschuld am 28. Juni und vorläufig alle Regimentsfeiern verboten.

An der von den drei sozialistischen Parteien und den demokratischen Vereinen veranstalteten Kundgebung im Lustgarten haben etwa 250 000 Menschen teilgenommen. Die Veranstaltung ist ruhig verlaufen.

Der Leichenbefund.

Berlin, 26. Juni. In der Schauhalle wurde am Sonntag vormittag die gerichtliche Oeffnung der Leiche des Ministers Rathenaus vorgenommen. Der Körper war von fünf Kugeln durchbohrt. Die Handgranate hatte Verletzungen an der linken Hand und rechten Bein verursacht. Nach der Ansicht des Schießfachverständigen sind die Kugeln aus einer Maschinenpistole abgeschossen worden.

Die Aufbahrung im Reichstag.

Berlin, 26. Juni. Die Leiche Rathenaus wird am Montag abend im Reichstag aufgebahrt. Am Dienstag nachmittag findet unter Teilnahme der Reichsregierung und des Reichstags die Beisetzung in dem Erdbegräbnis der Familie Rathenaus in Oberschöneweide statt. Die Reichswehr bildet Späher. Gleichzeitig werden sozialistische Kundgebungen in Berlin und im ganzen Reich stattfinden, die mit einer halbtägigen K-Schloßruhe verbunden sind. Die Beisetzung Rathenaus erfolgt auf Reichskosten.

Entfernung des Standbilds Wilhelms I. aus dem Reichstag.

Berlin, 26. Juni. Für die Aufbahrung der Leiche Rathenaus in der Wandelhalle des Reichstags verlangten die Linksparteien, daß das daselbst befindliche Standbild des Kaisers Wilhelm I. entfernt werde. Der sofortigen Entfernung stehen technische Schwierigkeiten entgegen, doch soll das Standbild später entfernt werden.

und in der schmalen Umzäunung der Geleise jetzt ersticken muß, mit dem ungeheuren Vorgabe in einer Ordnung belagerten Hände!

Von dieser Seite betrachtet, läßt sich Marx's gegen die gewöhnliche Behandlung der Geschichte einwenden, und hier, vermute ich, liegt auch die Schwierigkeit warum das Studium derselben für das bürgerliche Leben noch immer so fruchtlos verbleiben. Zwischen der heiligen Gemütsbewegung des handelnden Menschen und der ruhigen Stimmung des Lesers, welchem diese Handlung vorgelegt wird, herrscht ein so wichtiger Kontrast, liegt ein so breiter Zwischenraum, daß es dem letzteren schwer, ja unmöglich wird, einen Zusammenhang nur zu ahnen. Es bleibt eine Lücke zwischen dem historischen Sachverhalt und dem Leser, die alle Möglichkeiten einer Vergleichung oder Anwendung abschneidet und statt jenes heilsamen Scheitens, der die stolze Gemütsbewegung warnt, ein Kopfschütteln der Befremdung erweckt. Wir sehen den Unglücklichen, der doch in eben der Stunde, wo er die Tat beging, so wie in der, wo er dafür büßt, Mensch war wie wir, für ein Geschöpf fremder Gattung an, dessen Blut anders umfließt, als das unsrige, dessen Wille anderen Regeln gehorcht, als der unsrige; seine Schicksale rühren uns wenig, denn Nahrung gründet sich ja nur auf ein dunkles Bewußtsein ähnlicher Gefahr, und wie weit entfernt, eine solche Ähnlichkeit auch nur zu träumen! Die Behandlung geht mit der Vergleichung verloren, und die Geschichte, anstatt eine Schule der Bildung zu sein, muß sich mit einem armenüchtigen Verdienste um unsere Neugier begnügen. Soll sie uns mehr sein und ihren großen Zweck erreichen, so muß sie notwendig unter diesen beiden Methoden wählen — entweder der Leser muß warm werden wie der Held, oder der Held wie der Leser erkälten.

Ich weiß, daß von den besten Geschichtschreibern neuerer Zeit und des Altertums manche sich an die erste Methode gehalten und das Herz ihres Lesers durch hinreichenden Vortrag befeuert haben. Aber diese Manier ist eine Wurpaus des Schriftstellers und bezieht die republikanische Freiheit des lesenden Publikums, dem es ankommt, selbst zu Gericht zu sitzen; sie ist zugleich eine Verletzung der Grenzen-Gerechtigkeit, denn diese Methode achtet ausschließlich und eigenwillig dem Redner und Dichter. Dem Geschichtschreiber bleibt nur die letztere übrig.

Bedrohung Helfferichs

Berlin, 26. Juni. Hg. Helfferich hat eine größere Anzahl Drohbriefe erhalten, die ihm als „Schmeißer für Rathenaus“ die Ermordung androhen.

Forderungen der Sozialisten.

Berlin, 26. Juni. Vertreter der drei sozialistischen Parteien, der freien Gewerkschaften und der Arbeitgenossenschaft für Angestellte (Afabund) einigten sich gestern nachmittag über Forderungen zum Schutz der Republik, die sodann der Reichsregierung übergeben wurden. Die Verhandlungen darüber sind wie der „Vorwärts“ berichtet, noch nicht abgeschlossen.

Nachforschungen

Berlin, 26. Juni. Am Sonntag sind bereits 10 Personen festgenommen worden, die im Verdacht stehen, der aus dem Klingerprozess bekannt gewordenen „Organisation C“ anzugehören. In Berlin und allen Vororten ist ein Heer von Polizisten und Kriminalbeamten zu Streifen durch den Gemarkungs- und den Vorort Schmargendorf aufgebaut. Viele verhaftete Personen mußten wieder freigelassen werden. Eine größere Anzahl Kriminalisten wurde in andere Städte geschickt, um die Spuren zu verfolgen.

Eine Million Belohnung

Berlin, 26. Juni. Wie die „Frankf. Ztg.“ erzählt, ist für die Ergreifung der Mörder Rathenaus eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt worden. — Die kaiserliche Regierung soll nach der Dresdener „Volkzeitung“ bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Geyer (Dem.) verlangt haben.

Verhaftungen.

Berlin, 26. Juni. Nach einer Meldung der „B. Z.“ an „Mittag“ aus München ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaften Berlin und Kassel der Kapitänleutnant Hoffmann als verdächtig des Anschlags auf Scheidemann und der Beteiligung an der Ermordung Rathenaus verhaftet worden. — Festgenommen wurde ferner wie das gleiche Blatt aus Fienburg meldet, daselbst der Kapitänleutnant Karl Tilleßen, der ältere Bruder des des Worts an Erzbischof verdächtigen Oberleutnants J. S. Heinrich Tilleßen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 27. Juni 1922.

Ein Wort für die Zeitung der Heimat.

ep. Die Ep. Pressekorrespondenz schreibt: Durch die gewaltige Steigerung ihrer Herstellungskosten haben sich die Zeitungen gendigt gesehen, ihre Verkaufspreise neuerdings zu erhöhen. Das legt manchem Leser von Gedanken nahe, auch seine Ortszeitung abzubestellen. Es ist bekannt, mit welcher geringfügigen Preisen oft die kleinen Zeitungen belegt werden; aber nicht genügend bekannt ist, welche bedeutende Kulturarbeit sie bilden. Sie bringen durch ihre Nachrichten aus der nächsten Umgebung die Mitbürger, die Stadt- oder Dorfgemeinden, die Gemeinden des Bezirks einander nahe; sie pflegen Heimat- und Nächstenliebe. Es würde etwas vom Wohlstand und Traulichkeit aus unserem öffentlichen Volksleben verschwinden und die Verwurzelung in der Heimat, ohne die der Mensch innerlich krank wird, würde in einem wichtigen Stück durchschütteln, wenn unsere kleine deutsche Presse aufhören müßte oder durch Allerweltblätter aus der Großstadt ersetzt würde. Diese verhängnisvolle Entwicklung wirkt da nicht wollen herbeizuführen helfen; drum spare lieber an Tabak und Zigaretten, teile ein paar Gros weniger in der Woche und bleibe deiner Zeitung bei!

Erhöhung der Fahrpreise bei den Personenposten.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die seit der letzten Tarifsteigerung eingetretenen weiteren, auch erhebliche Steigerung aller Betriebskosten, werden vom 1. Juli 1922 an die Fahrpreise bei den Personenposten auf 1.50 M. bei

Der Held muß kalt werden, wie der Leser, oder, was hier eben so viel sagt, wir müssen mit ihm bekannt werden, er handelt; wir müssen ihn seine Handlung nicht bloß vollziehen, sondern auch wollen sehen. An seinen Gedanken liegt uns unendlich mehr, als an seinen Taten, und noch weit mehr an den Quellen dieser Gedanken, als an den Folgen seiner Taten. Man hat das Erbreich des Volkes untersucht, sich die Entstehung seiner Brände zu erklären; warum schenkt man einer moralischen Entstehung weniger Aufmerksamkeit als einer physischen? Warum achtet man nicht in eben dem Grade auf die Beschaffenheit und Stellung der Dinge, welche einen solchen Menschen umgeben, bis der gesamte Juncker in seinem Innigen Feuer stirbt? Den Träumer, der das Wunderbare liebt, reizt eben das Selbstliche und Abenteuerliche einer solchen Erscheinung; der Freund der Wahrheit sucht eine Wahrheit zu diesen verlorenen Kindern. Er sucht sie in der unveränderlichen Struktur der menschlichen Seele und in den veränderlichen Bedingungen, welche sie von außen bestimmen, und in diesen beiden findet er sie gewiß. Ich übertrage es nun nicht mehr, in dem räumlichen Werte, wo sonst überall heilsame Kräfte blühen, auch den ständigen Scharfing gedulden zu sehen, Weisheit und Tugend, Götter und Tugend in einer Birge beisammen zu finden.

Wenn ich auch keinen der Vorteile hier in Anschlag bringe, welche die Erelenkunde aus einer solchen Verhandlungsort der Geschichte zieht, so behält sie schon allein darum den Vortrag, weil sie den grandiosen Hohn und die stolze Sicherheit aufträgt, womit gemeinlich die angegriffene unerschütterliche Jugend auf die gefasste Verbreiter, ohne welchen kein Fühlhalm zurückbleibt, keine Auslösung des Gesetzes mit seinem beleidigter Statist, kein angestrichenes Glied der Gesellschaft von dem gänglichen Brande geteilt wird.

Ob der Verbreiter, von dem ich jetzt sprechen werde, auch noch ein Recht gehabt hätte, an jenen Geist der Duldung zu appellieren? Ob er wirklich ohne Rettung für den Richter des Staats verloren war? — Ich will dem Anspruch des Lesers nicht vorarbeiten. Unsere Weltbildet frugiert ihm nichts mehr, denn er stand durch des Helfers Hand — aber die Verleumdung seines Vaters unterrichtet vielleicht die Menschheit und — es ist möglich, auch die Gerechtigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Man könnte den Menschen zum halben Gott bilden, wenn man ihm durch Erziehung alle Furcht zu benehmen lachte. Nichts in der Welt kann den Menschen sonst unglücklich machen als bloß und allein die Furcht. Das Uebel, was uns trifft, ist selten oder nie so schlimm als das, welches wir befürchten. Schiller.

Der Verbreiter aus verlornen Ehre.

Eine wahre Geschichte.

Von Fr. v. Schiller.

In der ganzen Geschichte des Menschen ist kein Kapitel unterhaltender für Herz und Geist, als die Annalen seiner Verirrungen. Bei jedem großen Verbrechen war eine verhängnisvolle große Tat in Bewegung. Wenn sich das heilige Spiel der Begehrungskraft bei dem mächtigen Licht gewöhnlicher Affekte verstreut, so wird es im Zustand gewaltiger Leidenschaft desto hervorpringender, katastrophischer, lauter; der feinsten Menschenforscher, welcher weiß, wie viel man auf die Reaktion der gewöhnlichen Willensfreiheit eigentlich rechnen darf, und wie weit es erlaubt ist, analogisch zu schließen, wird manche Erfahrung aus diesem Gebiete in seine Seelenlehre übertragen und für das sittliche Leben vorsetzen.

Es ist etwas so Einfaches und doch wieder so Zusammenfassendes, das menschliche Herz, Eine und eben die selbe Freigebigkeit oder Begierde kann in tausendfacher Formen und Richtungen spielen, kann tausend widersprechende Völkernome bewirken, kann in tausend Charakteren anders gemischt erscheinen, und tausend ungleiche Charaktere und Handlungen können wieder aus einerlei Richtung gesponnen sein, wenn auch der Mensch, von welchem die Rede ist, nichts weniger denn eine solche Verwandtschaft ahnet. Stillsch einmal, wie für die übrigen Reiche der Natur, auch für das Menschengeschlecht ein Einfluß auf, welcher nach Trieben und Reizen aus klassifiziert, wie sehr würde man erstaunen, wenn man so Menschen, dessen Vaster in einer engen bürgerlichen Sphäre

den Verposten
60
An
Zu
schwe
halten
ou der
Beitru
eillen u
des Wi
kampfs
daß ge
Mit Be
gen, is
lagen
Nalen
auch da
daß an
lachen
schling
Ra
Stadt o
schmädi
mit hää
dann so
Beretie
Umgebun
marshle
einzig n
besonde
Reibun
An
Schulhei
und gra
Dann i
Stadter
orelli u
und d-s
u. di-
ermidert
In
den Re
gen in
Bärner
Feldbr
se die
Dern
schast
den Zur
band.
nach an
gesteie
unter ih
zwischen
Widder
Rara no
die Pre
Preis G
los. Wi
5. Preis
brann C
S. Schat
Im
Unterro
berg 46
21 1/2
Walg F
Ragold,
Ragold.
Vor
stufe Or
Schmidt
43 1/2
Unterstu
Carle 75
gärtner
Wbe
etnem ge
bis in d
aus Sch
sch im
Stutt
Eranispe
aus
amischd
Schreiber
Sie wirt
wollen I
Schnabe
Mien fa
aufrecht
dehen u
Minister
Minister
ebenfo D
minister
ständig
h a r d t
wünsche
ordnungs
des Sta
Ehrenbü
Heimau
eine Ab
milde m
Geburtsh
Stutt
b e n d a



Neue Nachrichten

Räuberlicher Überfall auf einen Garantiebeamten. Berlin, 26. Juni. In der Nacht auf Sonntag um 3 Uhr wurde ein Beamter des Garantieauschusses, S. Goward, von einigen Kerlen auf der Straße überfallen und schwer verletzt. Als die Polizei hinzukam, fand sie einen Arbeiter, der sich in verdächtiger Weise an dem am Boden liegenden Mann zu schaffen machte. Er machte sich widersprechende Aussagen und wurde als Betrüger verhaftet. Goward verlor seine Brieftasche mit 8000 Mark.

Der Landesrat des Saargebietes.

Saarbrücken, 26. Juni. Bei einer Beteiligung von nur 30 Prozent sind in den von der Verbands-Regierungs-Kommission geschaffenen Landesrat gewählt worden: Zentrum 15, Sozialdemokraten 5, Liberale 4, Haus- und Landwirtschaftlicher 2, Kommunisten 2 und 1 Demokrat. Die Befugnisse des Landesrats sind bekanntlich in der Hauptsache nur beratender Art.

Lord George über Rathenau's Tod.

London, 26. Juni. U.S. meldet: In einer Ansprache in der Walliser Kapellkapelle in London sagte Lord George am Samstag nachmittag: Rathenau war einer der fähigsten Minister Europas und er tat sein Bestes um die guten Beziehungen zwischen seinem Land und den anderen Nationen, denen Deutschland Unrecht zugefügt hatte, wieder herzustellen. Deshalb wurde er ermordet. Ich kann nur meinen tiefsten Abscheu aussprechen über das Verbrechen und dem Beträuer Ausdruck geben, daß Deutschland nicht leiden werde unter dem Unrecht, das die Leute ihrem eignen Land zugefügt haben durch dieses feige Verbrechen an einem seiner ausgezeichneten Bürger.

Lord George sagte ferner, er würde gerne die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland im Völkerbund sehen. Man sage, der Völkerbund würde besser sein, wenn Deutschland dabei wäre. Aber Deutschland müsse nicht aufgenommen werden; das sei die Schwierigkeit. Sollte der Antrag auf Zulassung Deutschlands vor dem Völkerbundrat gestellt werden, so würde die britische Vertretung für den Antrag stimmen. Der Friede würde wieder hergestellt sein, wenn sich der Sinn der Menschen zu gegenseitigem Wohlwollen wenden würden. (Es hätte längst schon in der Nacht Lord Georges gelegen, dieses gegenseitige Wohlwollen einzuleiten; bis jetzt aber ist er über seine schönen Worte nicht hinausgekommen. D. Schr.)

Bäckereien und Brotfabriken geschlossen.

Dangig, 26. Juni. In Dangig und Batorien sind seit heute sämtliche Bäckereien und Brotfabriken geschlossen, da das Wirtschaftsamt die verlangte Verdienstsponne nicht erhöht hatte. Der Magistrat hat, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu gewährleisten, die Räume und Einrichtungen der Brotfabrik „Germania“ polizeilich beschlagnahmt. Die Herstellung von Brot wird durch die Deutsche Backhilfe und Beamte, die gelernte Bäcker sind, durchgeführt.

Letzte Kurzwelddungen.

Die ersten Rüstendampfer, die Deutschland an Frankreich als Ersatz für die während des Kriegs verloren gegangenen Schiffe zu liefern hat, sind in Frankreich eingetroffen.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der staatlichen Verkehrsbetriebe, die seit Samstag im Ausstand sind, fordern neben der Gehalts- und Lohnerhöhung ein schnelleres Geseh über die neue Notenbank. Die Regierung ist bereit, in Unterhandlungen einzutreten, verlangt aber, daß vorher die Arbeit aufgenommen werde. Der Verkehr ruht noch fast vollständig.

Der polnische Staatspräsident Pilsudski hat im Sejm (Reichstag) den Vizepräsidenten der Stadt Warschau, Skwinski, zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen, der sich zur Kabinettbildung bereit erklärt hat.

Im Unterhaus erklärte Lord George auf die Frage, wie sich die britische Regierung zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stelle, die Regierung werde einen Vorschlag, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, unterstützen.

Nach einer Voraussage von Max Müller hat das amerikanische Schiff „Chotiel“ durch Funkpruch um Hilfe in See not erlitten. Das Schiff mahdet, daß es vor der Bank von Tortulena in der Nordsee aufgebracht sei.

Der Wiener Börsenverkehr ist gestern wegen Untereinbung des Verkehrs mit dem Auslande aus. Die Bourse ist unregelmäßig. Es herrscht vollständige Ruhe. Heute tritt der Nationalrat zusammen.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Brüch bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte als Reichsminister des Auswärtigen beauftragt.

Wegen Vornahme der Inventur bleibt der Laden heute und morgen Mittwoch geschlossen. Anzeigen für den „Gesellschafter“ wollen in den Briefkasten an der Haustüre eingeworfen werden. Buchhandlung und Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold Verlag „Der Gesellschafter“.

trags von Bekaffes ist aus Anlaß der Ermordung Rathenaus abgelehnt worden.

Die Feier der Demokratischen Partei zu Ehren des 60. Geburtstags des Staatspräsidenten Dr. Hiebert, die am Dienstag abgehalten werden sollte, findet vorerst nicht statt.

Der Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs rüft zur Gegenwehr gegen die „monarchistische Reaktion“ auf, um Kundgebungen zu veranstalten. Die Reaktion habe jede Rücksicht verwirft. Die Regierung müsse rücksichtslos gegen diese Staatsverbrecher vorgehen. — In Stuttgart wird am Dienstag nachmittag auf dem Marktplatz eine Kundgebung veranstaltet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesverband Württemberg, dem die Gesamtverbände deutscher Angestellten-, Beamten- und Staatsangehörten-Gewerkschaften, sowie der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften angehören, hat sich gegen die Kundgebungsfeier erklärt und wird sich daran nicht beteiligen. Die Regierung werde von sich aus die richtigen Maßnahmen treffen, wenn das Stadtwesen in Gefahr läge.

Stuttgart, 26. Juni. Falsche Spur. Am Sonntag mittag wurde auf dem Schloßplatz ein Auto angehalten, dem ein weiterer Kraftwagen angehängt war. Die Insassen wurden verhaftet, aber, als sich feststellen ließ, daß sie mit dem Rathenau-Mord nicht in Verbindung standen, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Stuttgart, 26. Juni. Nachfolger des Professors o. Haag. Die Unterrichtsverwaltung hat an den Kunstmaler und Graphiker Professor Karl Caspar in München einen Ruf an die Kunstakademie als Nachfolger des Prof. v. Haag ergehen lassen.

Stuttgart, 26. Juni. Württ. Pferdehandels-Schiedsgericht. Zwischen der Württ. Landwirtschaftskammer, dem Arbeitgeberband des Fuhr- und Transportgewerbes in Württemberg und dem Verein Württ. Pferdehändler ist zur Schlichtung und Einigung von Rechtsstreitigkeiten aus dem Handelsverkehre mit Pferden ein Schiedsgericht errichtet worden.

Mittelstandsnothilfe. Der Verkauf von entbehrlichen Gegenständen aus dem Besitz des notleidenden Mittelstands im Verkaufsgelände, Kanalarstraße 28, findet gegen Zahlung. In den ersten drei Verkaufstagen konnte zusammen der notleidenden Verkäufer ein Erlös von fast 100 000 Mark erzielt werden. Gleichgültig haben Hunderte von Minderbemittelten Gelegenheit gefunden, sich ein billiges Kleidungs- oder Wäscheartikel zu erwerben.

Ludwigsburg, 26. Juni. Karlsböher Jahresfeier. Bei schönem Wetter feierte gestern die Karlsböher unter großer Beteiligung der Anwesenden. Den Jahresbericht gab Direktor Schlichter. Die Schulden der Karlsböher Anstalten sind von 286 000 auf 146 000 M. gesunken. Männerheim und Kinderanstalt sind dauernd voll besetzt.

Ludwigsburg, 26. Juni. Die Kellerei. Fräulein Pauline Feiler vollendet morgen ihr 99. Lebensjahr. Sie ist die Tochter des früheren Amtmanns von Abingen und späteren Regierungsdirektors hier.

Jornsbach, 26. Juni. Diamantenhochzeit. Der frühere Gutsbesitzer Georg Rieger feierte mit seiner Gattin Karoline, geb. Schlipf, das Fest der diamantinen Hochzeit.

Günningen, 26. Juni. Ein Valutahandel. Ein Maler verkaufte zum 24. Monat alten Sohn um 14 000 österreichische Kronen. Er ließ sich durch die hohen Erlöse, denn er hatte vorher ein Angebot von 1000 Mark abgelehnt, was fast doppelt soviel ist als die 14 000 Kronen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 26. Juni 330,40 Mark. Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 M. wurden Ende voriger Woche bezahlt: In Rußland 1,60 (vor dem Krieg 125,40) Franken, Amsterdam 0,79 (50,20) Gulden, Kopenhagen 1,45 (88,80) Kronen, Stockholm 1,50 (88,80) Kronen, Wien 3,65 (117,80) Kronen, Prag 1,82 (117,80) Kronen, London 1,04 (67,80) Schilling, Rom 0,117 (35,80) Lira, Paris 3,5250 (125,40) Franken, New York 6,29 (125,40) Dtsch.

Der Umsatz von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post ergibt in der Woche vom 26. Juni bis 2. Juli zum Preise von 1400 Mark für ein Gramm nominal, 700 Mark für ein Gramm markt. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Für Reichsbanknoten wird bis auf weiteres der gleiche Kurs des Kassawerts bezahlt.

Der Währungspreis 1000 Mark. Die Württembergische Währungsvereinbarung hat den am Samstag auf 1000 M. festgesetzten Preis für Weizenmehl No. 1 mit Weizen ab heute weiter auf 2500 M. für die 100 Kilo erhöht.

Achtung! Die Wertschätzung heute dem Postenmarkt in keiner Weise entsprechend. Während auf dem letzten die Preise wieder merklich anstiegen sind sie allerdings im Verlauf der Woche etwas abgemildert, waren die Kurse auf dem Aktienmarkt beim Anbruch gegen den Stand vom Freitag. Man ist an der Wertschätzung über die derzeitige politische Lage Deutschlands und steht in abwartender Haltung dem Verlauf der Ereignisse entgegen. Württ. Vereinsbank.

Stuttgart, 26. Juni. Landeseinkaufsstelle. Die große Druckerei hat am Getreide- und Viehmarkt eine weitere Preissteigerung erreicht. Roggen (schwarz, ungelb) gering. Es notierten je 100 Kilo abwärts: Weizen 1870—1880 im Juni 1680 bis 1790 M., Hafer 1500—1520 (1320—1380) M., Weizenmehl No. 1 2225—2250 (2200—2225) M., Weizenmehl No. 2 2225—2250 (2100—2025) M., Roggen 1300—1350 (830—850) M., braunes gebleichtes Stroh 230—270 (230 bis 270) M.

Herrenberg, 24. Juni. Schweinemarkt. Zufuhr: 70 Stück Milchschweine; Ferkelschweine wurden keine zugeführt. Da die geringe Zufuhr die vielen anwesenden Käufer nicht befriedigen konnte, stiegen die Preise stark in die Höhe und wurde die ganze Zufuhr zum Marktpreis von 4200 bis 5700 M. rasch verkauft.

Familiennachrichten

Gestorben: Johann Schwarz, alt, Kaufmann, 80 J., Dornstetten; Karl Verhobert, Polizeiarzt, 67 Jahre, Freudenstadt; Jakob Frohmann, Landwirt, 68 J., Altheim.

Wetter-Bericht

Die Witterungsjone fällt sich allmählich wieder auf. Am Mittwoch und Donnerstag ist ein Nachlassen der Bewölkung und sommerlich warmes Wetter zu erwarten.

den Personenposten mit Werbedruck und bei den Kartolposten auf 1 M für das Tarifkilometer erhöht.

60 jähriges Jubiläum des Turnvereins Willberg.

Am letzten Sonntag fand in Willberg das 60 jährige Jubiläum des Turnvereins statt. Die ganze Woche eine schwere Sorge, wie wird das Fest sein? Aber die Turner hatten Glück, ein Zeichen, daß auch der Himmel eine Freude an der Turnfeier hat. Schon am Samstag Abend waren Wettkämpfer aus Fern und Nah eingetroffen. Am Sonntag Morgen zogen sie nach dem Weiden durch die Stadtkapelle die Jubilare des Willberger Vereins auf den Festplatz, um sich im Schachkampf zu messen. Man sah gute Leistungen, die zeigten, daß gearbeitet wurde und neue Erfolge in Aussicht stellten. Mit Begeisterung unterzog sich die Jugend der Anforderungen, so daß es eine Freude war. Mit den ersten Frühstunden trafen ca. 60 fremde Turner ein und zogen dann mit Musik auf den Platz. Sie traten zu zwei getrennten nationalen Dreikämpfen an. In 3 Stunden waren sie abgewickelt; auch dabei waren die Leistungen überaus schön und gut, daß auch da eines jeden Turners und Turnfreundes Herz lachen machte. Die Turner boten das Beste, schöne Gestalten, kräftig von der Sonne gebräunt, waren angetreten.

Nachmittags 1 Uhr stellte sich der Festzug in der oberen Stadt auf und bewegte sich dann durch die Straßen der geschmückten Stadt. Voran der Willberger Radfahrerverein mit hübscher Dekoration und einer Gruppe „Germania“, dann folgte die Musik, dahinter 12 Festdamen und dann die Vereine von Willberg und verschiedene Turnvereine aus der Umgebung, zuzugeht der festgebende Verein. Hinter der Fahne marschierten die Jubilare, darunter Friedrich Kummer, der einzig noch lebende Mitbegründer. In dem Festzug hob sich besonders die Damentriebe des Turnvereins Calw in schmücker Kleidung hervor.

Angekommen auf dem Festplatz begrüßte Herr Stadtschultheiß d'Argent die Festbesucher im Namen der Stadt und gratulierte dem Verein zu seinem 60 jährigen Jubiläum. Dann begrüßte der Gauvorsitzende des Reichsvereins, Herr Stadtammann Calw, die Anwesenden, gratulierte dem Jubilare im Namen der Kreisleitung, XI. Turnkreis Schwaben und des Gauvereins. Er glich in bereedten Worten auf den Wert u. die Bedeutung des Turners ein u. schloß mit einem begeistert erwiderten Hoch auf das Bierland.

In Ausmaß des Kreises überreichte Herr Stadtammann den Preisbescheid als Dank für langjährige treue Leistungen in der Turnlag, den Herren Im Baumgartner, Louis Wäntner, Martin Wäntner, Adolf Fröber, Karl Schöner, Friedrich Carl, Karl Schatz, Karl Dietrich, Theodor Knapf je eine Ehrenurkunde für langjährige treue Mitarbeit und Herrn Friedrich Kummer eine solche für 60 jährige Mitgliedschaft. Nach diesem Übergab eine Festdame ein schönes von den Jungfrauen und Frauen des Vereins gestiftetes Fahnenband. Im Laufe des Mittags zeigten die Wettkämpfer auch nach an verschiedenen Geräten ihr Können. Besonders aber gefielen die frühen Kälteübungen der Damentriebe Calw unter ihrem wäntner Leiter. Ein Freundschaftsschachspiel zwischen Turnverein Nagold Baumstetter und Turnverein Willberg endete für Willberg mit 23 und Nagold 20 Wäntern. Kurz nach 5 Uhr rief die Trompete zum Sammeln, es erfolgte die Preisverteilung. In ersten Dreikampf erhielten den 1. Preis Eger Oskar Gorb mit 54 P., den 3. Preis Högler Konrad Willberg, 43 P., den 4. Preis Wäntner Konrad, Nagold 41 P., 5. Preis Schneyer G. Nagold 40 P., vom Turnverein Schwabronn Gont. Schmitt 7. Preis 35 P. und einen 15. Preis S. Schmitt mit 27 P.

Im II. Dreikampf erhielten den 1. Preis Joos Gont, Unteroberstadt 48 1/2 Punkte, den 4. Pr. Högler Gont, Willberg 46 Punkte, den 13. Preis Hörmann Otto, Willberg, 21 1/2 Punkte. Außer Konstantz erhielten im I. Dreikampf Wäntner Fr., Nagold, 2. Preis, 51 Punkte; Fröber Gont, Nagold, 3. Preis, 46 Punkte, im II. Dreikampf Wäntner Fr., Nagold, 1. Preis, 40 Punkte.

Von den Willberger Jubilaren erhielten in der Oberstufe Otto Hörmann den 1. Preis mit 65 1/2 Punkt, Hans Schmidt den 2. Pr. mit 55 P., Robert Carl den 3. Pr. mit 43 1/2 P., Gontlik Högler den 4. Pr. mit 37 P.; in der Unterstufe den 1. Preis Fröber Konrad 75 1/2 Punkt, 2. Pr. Carl Gont 73 P., 3. Pr. Jakob Carl 63 P., 4. Pr. Fröber Baumstetter 56 Punkte.

Abends 8 Uhr vereinte sich der Turnverein noch zu einem gemütlichen Trinken im Lokal, des Alt und Jung bis in die Morgenstunden zusammenkamen. Das Fest verlief auschließlich. Leider verunglückte ein fremder Turner, der sich im Wettkampf einen der ersten Preise geholt hätte.

Württemberg

Glückwünsche für den Staatspräsidenten

Stuttgart, 26. Juni. Zu seinem 60. Geburtstag sind dem Staatspräsidenten Dr. Hiebert am Sonntag aus dem Lande, aus allen Teilen des Reichs herzlich geäußerte Glückwünsche und Telegramme zugegangen. In dem Schreiben des Reichspräsidenten Ebert heißt es: „Nehmen Sie meine herzlichsten Glückwünsche zu diesem bedeutungsvollen Tage, mögen Sie noch recht viele Jahre dem schönen Schicksal, das in herrlicher Verehrung diesen Tag mit Ihnen feiert, Führer und Leiter sein und in gegenseitigem aufrichtigem Vertrauen weiter mit uns arbeiten an dem Gelingen unseres lieben Vaterlandes.“ Auch der bayerische Ministerpräsident Graf von Hofenfeld und der badische Ministerpräsident Dr. Hummel sandten Glückwünsche, ebenso Oberbürgermeister Dr. Laufs, der Finanzminister a. D. Viehling, Geh. Rat von Bayer, Persönlich zur Begrüßung erschienen General Reinhardt, der Kommandeur des Wehrkreises 5, der die Glückwünsche der Reichswehr zum Ausdruck brachte, ferner Abordnungen der Beamten des Kultusministeriums, der Beamten des Staatsministeriums und der Stadt Wetzlar, deren Ehrenbürger Staatspräsident Dr. Hiebert ist. Von seiner Heimatgemeinde Waldhausen, Württemberg, erhielt eine Abordnung, welche ein künstlerisch ausgeführtes Gemälde mit der Hauptstraße des Orts, in deren Mitte das Geburtshaus des Staatspräsidenten steht, überreichte.

Stuttgart, 26. Juni. Absagen. Die vom Schwabenbund geplante öffentliche Trauerfeier wegen des Ver-



